

Warum alles weiter geht wie bisher

Am 24. September wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Dies geschieht in einer Zeit, in der die Welt sich in einem ziemlichen Chaos befindet: Der neue USA-Präsident regiert nach Gutdünken „Amerika first“. Die Spannungen im Fernen Osten sind hoch, selbst ein atomarer Krieg scheint wieder möglich. China wird mächtiger und versucht, die USA in Asien zurückzudrängen. Die EU findet nicht zusammen, GB scheidet aus, die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen dem Norden und dem Süden in der EU sind ungelöst, in Frankreich gibt es Streit um innenpolitische Reformen. Polen, Ungarn verstärken ihre protektionistischen Ambitionen. Die Ukraine drängt nach Westeuropa. Die USA, NATO und EU und Russland führen weiter Kalten Krieg miteinander. Die Türkei befindet sich auf dem Weg einer Diktatur und entfernt sich immer weiter von rechtsstaatlichen Grundsätzen und damit von Europa. Der Krieg in Syrien dauert an, die Konflikte in Afghanistan und im Nahen Osten sind ungelöst. Flüchtende aus dieser Region und aus Afrika drängen weiter nach Europa, das sie abzuwehren versucht. Der Schwerpunkt wirtschaftlicher Entwicklung hat sich nach Asien verlagert, die USA verfolgen eine protektionistische Politik. Die Ökonomie der entwickelten Länder stößt an die Grenzen des Wachstums und muss sich den Konsequenzen aus dem Klimawandel und dem Schwinden der Rohstoffressourcen stellen.

Trotz dieser Situation leben die Deutschen noch gut. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, es werden für die meisten Menschen gute Löhne gezahlt, die Rente und staatliche Sozialleistungen sind pünktlich auf dem Konto. Es gibt einen Mindestlohn. Trotz steigender Mieten gibt es kein wirkliches Wohnungsproblem. Versorgungsprobleme kennen die Deutschen nicht, das Konsumangebot ist riesig. Die meisten Familien fahren regelmäßig in den Urlaub. Alle Kinder gehen zur Schule, viel mehr von ihnen werden heute in KITAs betreut. Der Dienst in der Armee ist freiwillig. Niemand ist gezwungen, in den Krieg zu ziehen. Viele Menschen besitzen Eigentum in Form von Häusern, Wohnungen, Firmenbeteiligungen oder Aktien, die guten Sparguthaben scheinen sicher. Kurzzeitig gab es wegen der Flüchtlinge eine große abwehrende Protesthaltung, die sich aber nach Rückgang der Flüchtlingszahlen wieder gelegt hat. Viele Deutsche streiten sich jetzt, welches Diesel-Auto das beste ist, wie man besser mit dem Rad durch die Stadt kommt, schimpfen über marode Straßen oder Eisenbahnlinien, debattieren, ob man noch Eier essen sollte, wie man sich gendgerecht ausdrücken sollte u.a. „wichtige“ Fragen. Es gibt zweifellos wachsende Armut, die aber vom Staat durch Sozialmaßnahmen gemildert wird. Die Chancen, am wirtschaftlichen Aufstieg teilzunehmen, scheinen noch gut und ausreichend.

Den regierenden Parteien ist es seit der Wiedervereinigung 1990 gelungen, in Deutschland den sozialen Frieden zu wahren. Daran waren CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und in einigen Regionen sogar Linke beteiligt. Es gibt zwar auch in Deutschland einen ziemlich allgemeinen Frust auf das

„Parteienestablishment“, der sich wiederum in einer eigenen Partei, der AfD, bündelt. Aber ihr ist es bislang nur gelungen, den Frust zu bündeln, wirkliche Alternativen zum herrschenden System sind nicht erkennbar. Es gibt kaum eine gewerkschaftliche Kraft, die sich um die Nöte der Menschen wirklich kümmert. Vielen Deutschen ist auch nicht bekannt, dass ihr Wohlstand sich oft auch aus den Misständen in anderen Ländern nährt.

Anders ausgedrückt: Es gibt für die Mehrheit der Deutschen heute offensichtlich keinen Grund, sich eine grundsätzlich andere Regierung als die jetzige zu wünschen. Sie scheint ihr den jetzigen Wohlstand am besten zu sichern. Dabei sichtbar werdende Ungerechtigkeiten werden als nicht so schlimm angesehen, dass man die Regierung wechseln müsste. Man traut der jetzigen Regierung durchaus zu, auch dieses oder jenes Problem selbst zu lösen, wie das mit dem Mindestlohn, dem Atomausstieg oder der Homo-Ehe in den vergangenen Jahren auch geschah.

Diese aktuelle Lage verbinden die Deutschen mit den Bundeskanzlern Gerhard Schröder (SPD – 1998-2005) und Angela Merkel (CDU – seit 2005). Während Schröder noch „Genosse der Bosse“ genannt wurde, erhielt Merkel den Markennamen „Mutti“ – als Symbol großer Fürsorglichkeit. Ihr Auftreten ist in der Regel unaufgeregt, kaum polarisierend. Sie erweckt in vielen Menschen Vertrauen. Sie regierte mit SPD und FDP, seit 2013 wieder in einer Großen Koalition mit der SPD.

Eindeutig: Es gibt keine Wechselstimmung in Deutschland.

Das wurde auch im einzigen Fernsehduell zwischen Merkel und Schulz am 03.09.2017 deutlich. Es war die Demonstration der Großen Koalition, die sich anbot, wieder gewählt zu werden. Dazu passte auch, dass Martin Schulz sein bisher großspuriges Auftreten („Ich werde der nächste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland!“) aufgab.

Warum wird also Schulz nicht der neue Kanzler?

1. Zu vielen gewichtigen Themen (Weltpolitik, Europa, Außenpolitik, grundsätzliche Gesellschaftsstruktur in Deutschland) vertritt Schulz die gleichen Positionen wie Merkel. Was will er daran ändern? Seine markigen Worte gegen Trump in Ehren, aber wie will er denn künftig auf Augenhöhe mit ihm verhandeln, wenn es um ernste Fragen des Weltfriedens und der Weltökonomie geht.
2. Er vermeidet eine Distanz zur Anti-Russland-Politik der USA, NATO, EU: Er distanziert sich da sogar von seinen eigenen Parteigenossen Schröder und Platzeck. Besonders im Osten Deutschlands versteht man diesen antirussischen Kurs nicht.
3. Zum innenpolitischen Thema hat er „mehr Gerechtigkeit“ erkoren. Was will er von den bisher maßgeblich von der SPD selbst initiierten Regelungen ändern (Hartz IV, Rente, Mindestlohn)? Selbst das CSU-Elterngeld hat die SPD mitgetragen. Konkretes vermeidet er von Anfang an. Seine jüngste Bildungsoffensive zielt zwar in eine richtige Richtung, nur liegt die Bildungshoheit bei den Ländern und nicht beim Bund. Will er das GG ändern? Es war kein Zufall, dass dieses Thema dann im TV-Duell gar nicht vorkam.
4. Was will er bei der Flüchtlingspolitik anders machen als die jetzige Regierung, in der Gabriel die Außenpolitik vertritt? Die Kanzlerin hat sich bewegt, teilweise nach rechts, aber auch hin zur eigentlichen Gesetzeslage. Will er das Asylrecht ändern? Was will er tun, um

Fluchtursachen zu bekämpfen? Sein Verweis auf größere Koordinierung und Solidarität in Europa ist ein Scheingefecht, das an der Lage nichts ändert.

5. Seine markigen Worte zum Dieselskandal in Ehren, aber glaubt er wirklich, die Autokonzerne umdrehen zu können ohne drastische gesetzliche Sanktionen – einschließlich von Fahrverboten. Wo bleibt sein Vorschlag, alle öffentlichen Dienstfahrzeuge auf emissionsfreien Betrieb umzustellen? Das wäre auch ein Milliardenauftrag an die Industrie.
6. „Ich will Bundeskanzler werden!“, das geht nicht – mit wem denn. Die SPD wird nicht stärkste Partei. Mit Grünen allein reicht es nicht. Mit Linken will er nicht. Mit FDP geht es nicht und reicht es nicht. Die SPD wird wieder in der Großen Koalition landen, es sei denn für Schwarz-Gelb reicht es. Egal, ob die SPD in der Regierung ist, den Kanzler kann sie nicht stellen. So wirkt seine Verkündung eher deplatziert und wird vom Volk als „große Klappe“ gewertet. Sein persönliches Auftreten wirkt zudem so affektiert und überheblich, was ihm keine Sympathiepunkte einbringt. Die angeblich größere Angriffslust, die ihm im Duell von Teilen der Zuschauer bescheinigt wurde, ist höchstens ein Temperamentsunterschied zu Merkel, kein grundsätzlich anderer Inhalt.
7. Die Euphorie in der SPD hinsichtlich ihres Kanzlerkandidaten (100 %) lässt zudem am Realismus der SPD-Funktionäre zweifeln. Wie kann Oppermann 5 Tage vor dem Kandidatenduell prognostizieren, dass Schulz da die Kurve kriegt und als Sieger hervorgeht (und dann noch eine Siegesmeldung vorab postet!). Haben die keine Ahnung von der Stimmung im Volk? SPD kann man nicht wählen, sagen deshalb viele.
8. Das TV-Duell zeigte keine prinzipiellen Unterschiede in den politischen Positionen der beiden Kandidaten. Dann kann auch die Regierung weitermachen.

Wen soll man also wählen?

Will man alles beim Alten belassen, dann wähle man CDU oder SPD.

Will man immer noch Schulz als Kanzler, dann wähle man SPD.

Will man CDU stärken, wähle man CDU oder FDP.

Will man eine starke konstruktive Opposition haben, wähle man Linke oder Grüne.

Will man nur Frust loswerden, wähle man AfD.

Mit der Bundestagswahl am 24.09.2017 wird kein einziges Zukunftsproblem Deutschlands auch nur in Angriff genommen. Es besteht die große Gefahr, dass die Politik in Deutschland notwendige Zukunftsfragen in einer Großen Koalition verschläft.